
Michael Schlecht

Tarifpolitik

Freiheitsgrade und Abhängigkeiten



Michael Schlecht, geb. 1951 in Hildesheim, gelernter Offsetdrucker, Studium zum Wirtschaftsingenieur und Zweitstudium der Volkswirtschaftslehre, hat die Tarifabteilung der IG Medien geleitet und ist seit 2001 Bereichsleiter Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand von ver.di in Berlin.

In der Tarifrunde 2002 haben die Gewerkschaften überwiegend kräftige Einkommenserhöhungen zum Hauptziel erklärt. Die seit Ostern beständige Steigerung von Warnstreiks im Bereich der IG Metall zeugt von der Kampfbereitschaft der gewerkschaftlichen Basis, die nicht willens ist, weiterhin leer auszugehen. Welches Resultat die Tarifaueinandersetzungen gezeitigt haben, dürfte bei Vorliegen dieses Heftes zumindest zum Teil bekannt sein.

Von der Anlage der Tarifrunde her war und ist entscheidend, dass die Gewerkschaften sich nicht wieder wie 2000 von vornherein auf eine moderate Tarifpolitik haben einschwören lassen. Mit der offensiven Anlage der Tarifrunde 2002 sollte das Ziel verfolgt werden, zum einen die Umverteilung bereits auf der Ebene der Primäreinkommen zu stoppen und möglichst umzukehren und zum anderen die Binnennachfrage zu stärken.

Lohnverzicht lohnt sich nicht!

In der Tarifrunde 2000 wurde versucht, durch Lohnzurückhaltung mehr Beschäftigung zu erreichen. Gemäß den Verabredungen im „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ wurden Einkommenserhöhungen für große Teile der Beschäftigten für die Jahre 2000 und 2001 vereinbart, die unterhalb des verteilungsneutralen Spielraumes blieben.

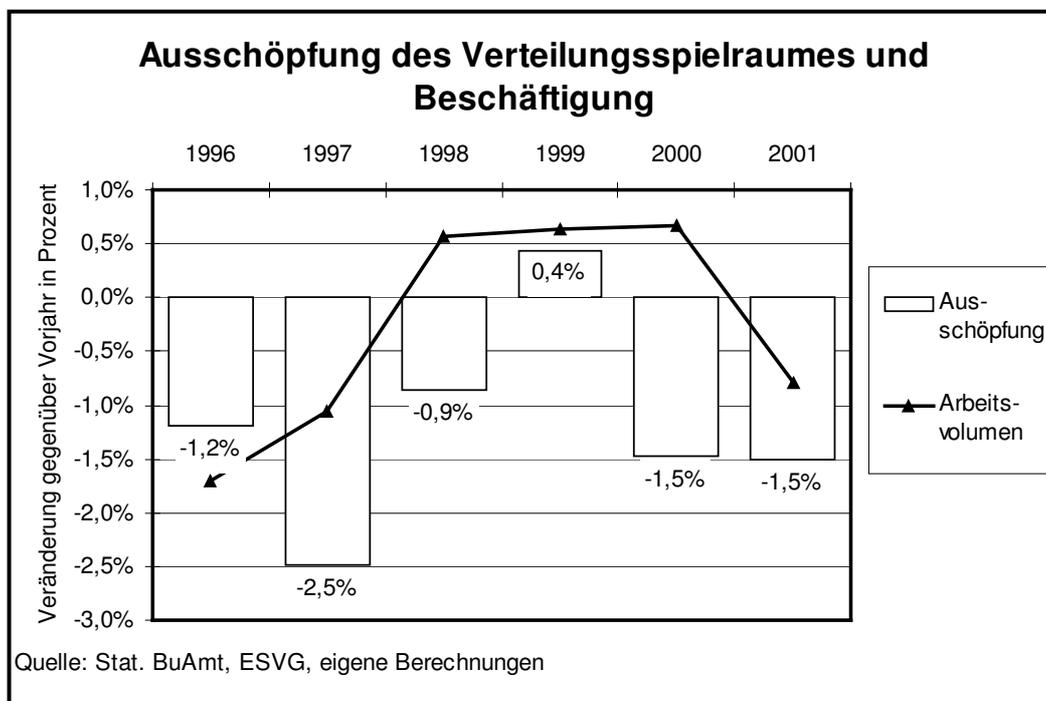
In der gemeinsamen Erklärung von BDA und DGB vom Juli 2001 wird diese Politik noch als erfolgreich bewertet: „Die ... getroffenen Vereinbarungen konnten in wesentlichen Teilen ... von den Tarifpartnern umgesetzt werden.“ Mit diesen „wesentlichen Teilen“ sind unter anderem die Ergebnisse der Lohnrunde 2000 gemeint. „Im vergangenen Jahr konnten knapp 600.000 zusätzliche Arbeitsplätze besetzt werden.“

Der Beschäftigungszuwachs des Jahres 2000 betrug immerhin 1,7 Prozent. Man muss schon ein bisschen hinter die Kulissen der Statistik schauen, um zu sehen, was von diesem „Erfolg“ zu halten ist.

1. Das Arbeitsvolumen stieg im Jahr 2000 um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr (siehe Graphik). Der Anstieg war um ein Prozentpunkt niedriger als der Anstieg der Beschäftigtenzahl.

Der Beschäftigungseffekt 2000 resultiert also zu mehr als der Hälfte daraus, dass die Arbeitsstunden auf eine größere Anzahl von Arbeitskräften verteilt wurden. Diese faktische Arbeitszeitverkürzung war bedingt durch die Zunahme von Teilzeitarbeit. Dabei spielt 2000 als Sondereffekt eine Rolle, dass durch die gesetzliche Neuregelung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen (630-Mark-Jobs) Zweitjobs auf dieser Basis finanziell unattraktiver wurden.

Ein Wachstum von 0,7 Prozent beim Arbeitsvolumen war aber auch bereits 1999 zu verzeichnen, obwohl dies eines der wenigen Jahre war, in dem der verteilungsneutrale Spielraum in der Lohnrunde ausgeschöpft wurde.



2. Durch den starken Wertverlust des Euro im Laufe des Jahres 2000, die gute weltwirtschaftliche Entwicklung und eine noch gut laufende US-Konjunktur konnte die deutsche Wirtschaft ihre Exporte in erheblichem Maße steigern. Im Jahresdurchschnitt wurde ein Plus von 13,2 Prozent erzielt. Die niedrigen Lohnabschlüsse haben darüber hinaus auch einen, gegenüber dem Effekt der Wertentwicklung des Euro, geringeren Beitrag zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit geleistet. Im Wesentlichen durch diese gute Exportkonjunktur wurde ein Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von 3 Prozent erreicht. Dass damit auch positive Beschäftigungseffekte verbunden waren, ist klar. Beachtenswert ist eher, dass nur so wenige Jobs neu geschaffen wurden.

Die moderate Lohnpolitik war von vornherein mit erheblichen wirtschaftspolitischen Risiken verbunden. Es wurde kein Beitrag zur Stärkung der Binnennachfrage geleistet; die Kaufkraft wurde sogar geschwächt. Bei einer weltwirtschaftlichen Flaute, vor allem einer Schwäche der US-amerikanischen Konjunktur, drohten auch der Entwicklung der deutschen Konjunktur aufgrund der hausgemachten Probleme erneut erhebliche Gefahren. Diese Gefahren sind mittlerweile Wirklichkeit geworden. Rückblickend ist das Experiment einer moderaten Lohnpolitik fehlgeschlagen!

Umverteilung von unten nach oben

Ein weiterer wichtiger Hintergrund für die offensivere Tarifpolitik der Gewerkschaften im Frühjahr 2002 ist die beständige Verschlechterung der Einkommenssituation und die Umverteilung von unten nach oben.

Reallohnverluste: Seit 1993 wurden die Bruttoeinkommen der Beschäftigten um insgesamt 11,3 Prozent gesteigert. Die Nettoverdienste sind aber deutlich schwächer gestiegen - nämlich um 4,7 Prozent. Berücksichtigt man noch die Preissteigerungen, dann bleibt auch von dieser ohnehin schon niedrigen Nettolohnerhöhung nichts mehr übrig. Im Gegenteil: Unterm Strich bleibt ein Reallohnverlust von 6,4 Prozent.

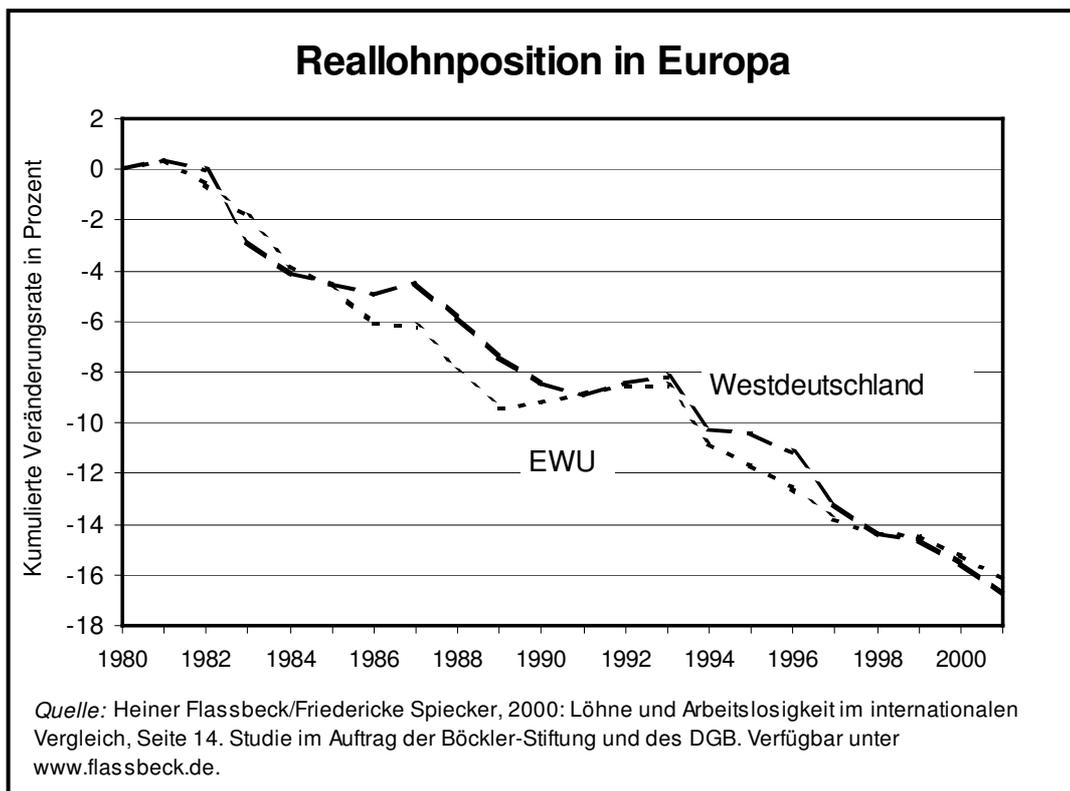
Die Kapitalgesellschaften - also im Wesentlichen die großen Aktiengesellschaften und GmbHs - haben ihre Brutto-Gewinne seit 1993 um sage und schreibe 80 Prozent (!) ausweiten können. Netto betrug der Anstieg sogar 85 Prozent. Otto Normalverdiener reibt sich verwundert die Augen. Netto mehr als Brutto!? Des Rätsels Lösung: Durch die Veränderungen im Steuerrecht zahlen Kapitalgesellschaften immer weniger Steuern.

Lohnquote wieder auf dem Stand von 1960: Auch die bereinigte Bruttolohnquote hat sich in den letzten 20 Jahren zu Lasten der Beschäftigten verändert. Mit ihr wird der Anteil der Bruttolohn- und Bruttogehaltseinkommen am Volkseinkommen dargestellt. 1960 lag sie bei 70 Prozent, 1982 bei 78 Prozent und 2000 war sie fast wieder auf den Stand von 1960 gefallen.

Nettoeinkommen: Bei der Betrachtung des Bruttoeinkommens sind die Effekte durch Veränderungen von Steuerbelastung und Sozialabgaben nicht berücksichtigt. Erst das Nettoeinkommen steht den Arbeitnehmerhaushalten tatsächlich zur Verfügung. Der Anteil der Nettoeinkommen am gesamten, allen Haushalten zur Verfügung stehenden Einkommen ist im Trend von 1991 bis 2000 rückläufig. Die Nettolohnquote ist von rund 50 Prozent auf 43 Prozent gefallen. Daneben fließen den privaten Haushalten als dritte Größe noch „Geld-Sozialleistungen“ zu. Diese sind in ihrem Anteil am gesamten verfügbaren Einkommen auf 26 Prozent gestiegen - vor allem als Folge der gestiegenen Arbeitslosigkeit. Die Gewinnquote dagegen konnte fast durchweg zulegen: sie stieg von 27,6 Prozent auf rund 30 Prozent.

Dabei wird der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen am verfügbaren Einkommen auf Basis der Daten der amtlichen Statistik unterschätzt. Denn: Eine ganze Reihe von Vermögenstransaktionen werden bereits vor dem Gewinn- und Vermögensausweis aus der Darstellung herausaldiert. Dies verkleinert das gesamte verfügbare Einkommen und die Gewinn- und Vermögenseinkommen. Nach Berechnungen des *Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts* würde das Niveau der Gewinn- und Vermögenseinkommen bei korrekter Abfassung der Statistik nicht nur 30 Prozent, sondern fast die Hälfte (!) des gesamten verfügbaren Einkommens betragen.

Dies ist nicht nur ein Problem der Verteilungsgerechtigkeit. Haushalte mit hohem Gewinn- und Vermögenseinkommen geben natürlich auch Teile ihres Einkommens für den Konsum aus; allerdings wird dort viel mehr gespart als in Haushalten von Lohn- und Gehaltseinkommensbeziehern. Diese geben - im Verhältnis zu ihrem Einkommen - viel mehr für den Konsum aus. Wird deren Anteil am gesamten Volkseinkommen geringer, führt dies zu einer zusätzlichen Schwächung der Binnennachfrage. Deshalb führt die Schieflage der Verteilungsverhältnisse auch zu einer wirtschaftspolitischen Belastung.



17 Prozent Umverteilungsverlust in 20 Jahren

Grundlage für die Höhe von Tarifforderungen ist der Anstieg der Produktivität zuzüglich der Preissteigerungsrate. Dieser „verteilungsneutrale Spielraum“ wurde in den 1960er-Jahren auch von den Unternehmern als Richtgröße für Lohnerhöhungen akzeptiert. Dieses Konzept läuft darauf hinaus, die Verteilungsverhältnisse zwischen dem Kapital und den Beschäftigten konstant zu halten.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde zusätzlich zur produktionsorientierten Lohnformel in vielen Lohnrunden immer wieder eine Umverteilungskomponente gefordert. In Anbetracht der ungleichen Vermögensverteilung sollte zumindest ansatzweise versucht werden, eine Umverteilung von oben nach unten in Gang zu setzen. Heute sind derartige Überlegungen wieder aktuell. Mit der Umverteilungskomponente soll versucht werden, die Einbußen der vergangenen Jahre zumindest teilweise wieder auszugleichen.

Die Bilanz der letzten 20 Jahre ist vor dem Hintergrund dieser Zielvorstellungen ernüchternd. Seit 1980 ist es - bis auf einzelne Jahre - in den Tarifrunden nicht gelungen, den verteilungsneutralen Spielraum auszuschöpfen; die „Reallohnposition“ der Beschäftigten verschlechterte sich. In der Summe sind den Beschäftigten von 1980 bis 2000 knapp 17 Prozentpunkte vorenthalten worden.

Der Rückgang der „Reallohnposition“ in den 1980er-Jahren, aber auch noch Mitte der 1990er-Jahre, ist in hohem Maße durch die Schritte zur Wochenarbeitszeitverkürzung bedingt. Diese sind alle mit vollem Lohnausgleich abgelaufen. Allerdings haben die Gewerkschaften niedrigere Lohnerhöhungen in Kauf genommen. Für diese Form der „Lohnzurückhaltung“ hat es aber noch Gegenleistungen gegeben: die Schritte zur Wochenarbeitszeitverkürzung, die in einigen Tarifbereichen bis zur 35-Stunden-Woche, in anderen bis zur 38,5- oder 39-Stunden-Woche führten. Hierdurch konnten immerhin rund 800.000 Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen werden. Außerdem wurde die Freizeit erhöht und der Zunahme der Belastungen durch die Arbeit konnte entgegen gewirkt werden.

In den 1990er-Jahren, insbesondere seit 1993, sah die Sache anders aus: Die Gewerkschaften waren mit massiven Angriffen der Arbeitgeberseite konfrontiert. Die Angst um den Arbeitsplatz, Tarifflicht, Ausgliederungen usw. hatten die Durchsetzungsmacht dramatisch verschlechtert. Dies waren die entscheidenden Gründe für den Rückgang der Reallohnposition in dieser Zeit.

Der schwere Konjunkturerinbruch in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre hat zu erheblichen Veränderungen in der politischen Gesamtlage geführt. Es kam zu deutlichen Radikalisierungen neokonservativer, auf Verschärfung des internationalen Wettbewerbs zielender Positionen, die von den Arbeitgeberverbänden in einer groß angelegten „Standortdebatte“ umgesetzt wurden. Die Arbeitgeber verstärkten bei anhaltendem Arbeitsplatzabbau den Druck auf die Tarifpolitik mit dem Ziel, die Tarifstandards abzusenken.

Die Rezession führte zu einer schwerwiegenden Verschiebung der Kräfteverhältnisse. Viele Unternehmen sahen in ihr eine willkommene Chance für durchgreifenden Personalabbau und massive Steigerung der Leistungsintensität. Der explosionsartige Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 4 Millionen Arbeitslose, der dadurch ausgelöst wurde, führte zu schweren Erschütterungen im sozialen Selbstbewusstsein der Arbeitnehmer/-innen.

In vielen Tarifbereichen haben die Unternehmer zum ersten Mal seit Kriegsende von sich aus die Tarifverträge gekündigt und „Kostensenkungen“ von 10 bis 20 Prozent oder sogar mehr gefordert. Arbeitskämpfe mussten geführt werden, um derartige Angriffe abzuwehren oder die Verschlechterungen zu begrenzen. Zum Teil ging es auch um die Fortexistenz ganzer Flächentarifverträge.

In vielen Einzelfällen kann man natürlich darüber streiten, ob tarifpolitische Verschlechterungen nicht hätten verhindert werden können. Es mag Auseinandersetzungen gegeben haben, in denen Fehler gemacht worden sind. Zum Beispiel bei der Sicherung der hundertprozentigen Lohnfortzahlung 1996/1997 spricht manches dafür, dass die Logik der Kompensation hätte verhindert werden können. Allerdings können auch solche Fälle nicht den Blick dafür versperren, dass die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen trendmäßig verschlechtert und die tarifpolitischen Handlungsmöglichkeiten eingeengt wurden.

Defensive, Freiheitsgrade und Abhängigkeit

Tarifpolitik war schon immer von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen abhängig. Solange es gut lief, trat dieser Zusammenhang eher in den Hintergrund. Als die Wirtschaftspolitik in den 1970er- und 1980er-Jahren mehr und mehr aus dem Tritt kam, konnte man sich in den Gewerkschaften noch auf die voluntaristische Perspektive des „Stärker auf die eigene Kraft vertrauen“ verlegen. Die ökonomische Zuspitzung der 1990er-Jahre machte deutlich, dass allein mit Tarifpolitik und den immer eingeengteren Durchsetzungsmöglichkeiten die Interessen der Mitglieder nur noch begrenzt durchgesetzt werden konnten. Es wurde immer deutlicher, dass die Tarifpolitik – insbesondere die Lohnpolitik – eine abhängige Variable wirtschaftspolitischer Entscheidungen und Entwicklungen geworden war. Die vorhandenen Freiheitsgrade wurden tendenziell enger.

Deshalb müssen Gewerkschaften in stärkerem Masse als bisher versuchen, auf wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen Einfluss zu gewinnen. Ausschlaggebend ist, dass die Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger über den bisherigen Rahmen der „Lobby-Arbeit“ hinaus erweitert wird. Dazu gehört eine eigenständige gewerkschaftliche wirtschaftspolitische Positionierung. Im Kern muss versucht werden, Formen der politischen Auseinandersetzung zu stärken, in denen die Mitglieder selbst ihren Protest und ihre Forderungen zur Geltung bringen. Warum nicht Tarifbewegungen mit Forderungen für eine andere Politik verknüpfen? Warum nicht Verhandlungen im „Bündnis für Arbeit“ mit Demonstrationen der Mitglieder verbinden?

Droge Exportwachstum – Schwächung der Binnennachfrage

Die Achillesferse der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ist die fortgesetzte Schwächung der Binnennachfrage. Das Wirtschaftsmodell Deutschland ist darauf angelegt, dass im Export Wachstumsraten von mindestens zehn Prozent erreicht werden. Sonst bricht bereits die Krise aus. Was für eine verrückte Vorstellung, das eigene Wohl und Wehe auf derartige Wachstumsraten zu gründen! Es gibt in Deutschland nicht nur eine krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch eine Krise der Wirtschaftspolitik.

Von 1993 bis 2000 dominierten die Exporte die Nachfrage. In dieser Zeit wurde ein Anstieg von fast 70 Prozent verzeichnet, also durchschnittlich zehn Prozent pro Jahr. Die Steigerung des privaten Konsums im gleichen Zeitraum mit 11 Prozent und des Staatskonsums mit ebenfalls fast 11 Prozent treten dabei stark in den Hintergrund. Die Steigerungen der Konsumausgaben der privaten Haushalte – nach Abzug der Preissteigerungen – betragen 2000 sowie 2001 jährlich gerade einmal rund 1,4 Prozent, die staatlichen Ausgaben lagen jeweils bei einem Plus von 1,2 Prozent. Folglich leisteten sie keinen wirksamen Wachstumsbeitrag.

Dass dies nicht bereits im Jahr 2000 zum Problem wurde, liegt daran, dass die Exportnachfrage den Mangel an Binnennachfrage ausgeglichen hat. Nachdem im Jahr 2000 die Exporte noch um 13,2 Prozent gesteigert wurden, betrug das Wachstum 2001 „nur noch“ 5,1 Prozent – eigentlich immer noch beachtlich. Dies reichte aber nicht mehr, um die Schwäche der Binnennachfrage zu überdecken. Das Ausbleiben exorbitanter Wachstumsraten im Export offenbart die binnenwirtschaftliche Misere. Es ist eine Verdrehung der Tatsachen, die Verantwortung der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu zuschieben.

Nebenbei: Deutschland verfügt über eine außerordentliche Wettbewerbsfähigkeit. 2001 betrug der Außenhandelsüberschuss 94 Mrd. €; damit war er um 35 Mrd. € (!) höher als im Vorjahr. Trotz konjunktureller Talfahrt bleibt Deutschland Exportweltmeister.

In der Wirtschaftspolitik ist die Hauptaufgabe die Stärkung der Binnennachfrage. Die Erreichung dieses Ziels durch Stärkung des privaten Konsums ist in einer Rezession schwierig, aber umso notwendiger, um einen Beitrag zur Erreichung und Stabilisierung eines neuen wirtschaftlichen Aufschwungs zu leisten.

Regierung treibt die Sparwut auf die Spitze

Mit der Sparpolitik der letzten Jahre gingen und gehen vom Staat keine Impulse zur Stützung der wirtschaftlichen Entwicklung aus. Vor allem durch die restriktive Finanzpolitik in Ländern und Gemeinden wird die konjunkturelle Talfahrt eher noch verstärkt. „Antizyklische Fiskalpolitik“, eine Politik, die in der konjunkturellen Talfahrt staatliche Ausgaben erhöht und sich lediglich in Boomphasen auf das Konsolidieren verlegt, ist bei Regierung und Opposition kaum noch bekannt.

Eigentlich wäre es im Sommer 2001, spätestens aber im Herbst, notwendig gewesen, mit vermehrten staatlichen Investitionen der konjunkturellen Talfahrt entgegen zu treten. Ver.di hat sich damals bereits für einen Kurswechsel eingesetzt. Die in Abstinenz verharrende „ruhige Hand“ wurde jedoch zum Leitmotiv der Regierung.

Eine Zeit lang wurde von Regierungsseite noch versprochen, während der konjunkturellen Talfahrt keine Leistungen bzw. Ausgaben zu kürzen. Da aber insbesondere den Kommunen und Gemeinden die Steuereinnahmen wegbrechen, wird gerade hier der Rotstift angesetzt. Dabei werden zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen von den Gemeinden geleistet.

Die Bundesregierung hat die Finanzpolitik in die Sackgasse manövriert. Da die Wucht der konjunkturellen Talfahrt nicht durch staatliche Eingriffe gebremst wurde, brachen auch die Steuereinnahmen verstärkt ein. Gleichzeitig zeigen sich die katastrophalen Folgen der Steuersenkungspolitik der letzten Jahre. Insbesondere durch die Senkung der Unternehmensteuer sind zusätzlich zu den konjunkturbedingten Steuerausfällen riesige Löcher gerissen worden.

Da wundert es nicht, dass Deutschland mittlerweile mit seiner Neuverschuldung dicht an die Marke von 3 Prozent herankommt, die gemäß des Maastrichter Vertrages nicht überschritten werden darf. So ist die finanzielle Zwickmühle nahezu perfekt, in der sich die Bundesregierung mit ihrer Finanzpolitik befindet. Dabei wäre es mit den Steuerkonzepten der Opposition noch schlimmer gekommen. Denn CDU und vor allem FDP wollten und wollen den Unternehmen noch mehr Steuererleichterungen bescheren.

Als der Bundesregierung eine Verwarnung durch die EU wegen der möglichen Überschreitung der Neuverschuldungsmarke drohte, sagte Finanzminister Eichel eine Anpassung und weitere Verschärfung des Sparkurses der öffentlichen Haushalte in Deutschland zu. Die Zielvorgaben eines nahezu ausgeglichenen Haushalts sollen trotz Rezession jetzt schon 2004 erreicht werden. Der Finanzplanungsrat fasste daraufhin im März 2002 den Beschluss, das Ausgabenwachstum noch weiter zu begrenzen. 2003 und 2004 beabsichtigen Bund, Länder und Gemeinden massive reale Senkungen der Ausgaben. Dies bedeutet nicht nur weitere Sozialkürzungen, sondern ein derartiges Sparen in den Aufschwung hinein ist auch wirtschaftspolitisches Harakiri. So droht jede zarte Pflanze der binnenwirtschaftlichen Nachfrage, deren Stärkung die Grundlage eines Aufschwungs sein muss, zertreten zu werden.

Neben einer Überprüfung und Korrektur der Unternehmenssteuerreform ist auch eine Diskussion über den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt und seine nationale Umsetzung notwendig. „Im Vorfeld des In-Kraft-Tretens des Vertrags von Maastricht hatte das DIW Berlin immer wieder darauf hingewiesen, dass die nationale Finanzpolitik in einer Wirtschaftskrise durch die gezogene Grenze zu stark restringiert würde und die Defizitgrenze von drei Prozent ein Konstruktionsfehler sei,“ so im DIW-Wochenbericht vom Anfang des Jahres 2002. Das deutsche Stabilitätsprogramm hat dies noch einmal verschärft, indem zugleich Steuersenkungen durchgeführt und die Konsolidierung ausschließlich über Ausgabenkürzungen realisiert werden sollen.

Notwendig: Kurswechsel in der Finanzpolitik

Perspektivisch ist ein genereller Kurswechsel der öffentlichen Finanzpolitik von entscheidender Bedeutung. Besonders problematisch ist, dass die aus wachstumspolitischer Sicht vorrangigen investiven Ausgaben im Laufe der letzten Jahre deutlich heruntergefahren wurden: Der Anteil der öffentlichen Bruttoinvestitionen - dazu gehören zum Beispiel Ausgaben für die Infrastruktur - am Bruttoinlandsprodukt liegen 2002 voraussichtlich nur noch bei 1,6 Prozent; 1994 lagen sie noch bei 2,7 Prozent und Mitte der 1960er-Jahre bei 5 Prozent. Und: Die Bundesrepublik ist innerhalb der EU Schlusslicht. Im Durchschnitt der EU-Länder beträgt der Anteil der öffentlichen Bruttoinvestitionen 2,5 Prozent, in den USA sogar 3,4 Prozent.

Ver.di forderte bereits im Herbst 2001 Zukunftsinvestitionsprogramme, die zu einer Anhebung der öffentlichen Bruttoinvestitionen auf 3,2 Prozent am Bruttoinlandsprodukt bis spätestens 2006 führen. Dies entspräche, bezogen auf das Jahr 2001, einer Anhebung von 36 Mrd. € auf 64 Mrd. €, also ein Plus von 28 Mrd. €. Die Anzahl der Erwerbstätigen könnte so um 450.000 erhöht und die Arbeitslosenzahl um rund 250.000 verringert werden.

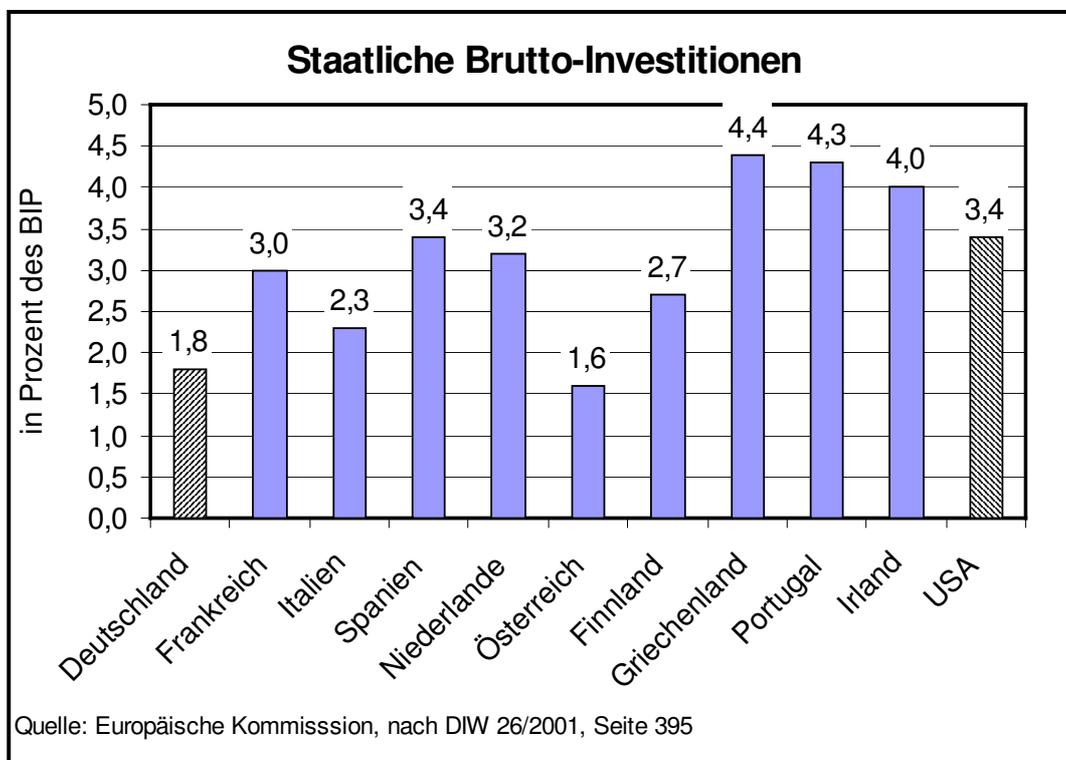
Finanziert werden muss dies durch die steuerliche Abschöpfung hoher Vermögen und Einkommen, zum Beispiel durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer mit einem Freibetrag von 500.000 € für eine vierköpfige Familie. Wenn ein halbes Prozent der bundesdeutschen erwachsenen Bevölkerung über 25 Prozent des Geldreichtums verfügt, ist deutlich, dass Finanzierungsmöglichkeiten durch Besteuerung dieser Vermögen bestehen.

Zu einer veränderten Wirtschaftspolitik gehört natürlich auch, dass die EZB in ihrer Geldpolitik neben der Inflationsbekämpfung auch der Verantwortung für gesamtwirtschaftliche Ziele, wie konjunkturelle Stabilität und Beschäftigungssicherung gerecht wird. Dies bedeutet, dass die Zinsen in krisenhaften Zeiten deutlicher gesenkt werden. Die amerikanische Zentralbank orientiert sich mit ihrer Zinspolitik viel stärker an Wachstum und der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Tarifpolitik im öffentlichen Dienst

Ein Kurswechsel in der Finanzpolitik ist aber auch aus einem weiteren Grund notwendig: Die Finanzpolitik bestimmt unmittelbar die finanziellen Spielräume, die für die Arbeitsbedingungen und für Einkommenserhöhungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zur Verfügung stehen. Seit Mitte der 1990er-Jahre stagnierten die Personalausgaben der öffentlichen Hand oder weisen nur geringfügige Erhöhungen auf. Stellenstreichungen und niedrige

Tarifierhöhungen wurden von den öffentlichen Arbeitgebern durchgesetzt. Der Anteil der öffentlichen Personalausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist seit 1990 beständig gefallen - von 9,5 Prozent auf rund acht Prozent.



Die öffentlichen Arbeitgeber drohen damit, die Kosten von Tariflohnerhöhungen gegebenenfalls durch vermehrte Stellenstreichungen wieder auszugleichen, und setzen so die Gewerkschaften und die Beschäftigten unter Druck. Aus gewerkschaftlicher Sicht geht es selbstverständlich nicht an, dass auf diese Weise die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu Geiseln gemacht werden und durch Abkopplung von der allgemeinen Einkommensentwicklung die Konsequenzen einer verfehlten Finanzpolitik ausbaden sollen. Tarifrecht bricht Haushaltsrecht, und Lohnzurückhaltung führt nur dazu, dass in den kommenden Jahren die Personalbudgets noch knapper bemessen werden.

Nicht Tarifpolitik ist verantwortlich für Personalabbau, sondern verschärfte Sparpolitik der öffentlichen Haushalte. Die aber hat ihren Grund in der politisch herbeigeführten Einnahmesituation. Gegen die reale Gefahr des Personalabbaus muss deshalb auf die öffentliche Finanzpolitik und die Gestaltung der öffentlichen Haushalte Einfluss genommen werden.

Die Stärkung der Finanzkraft der öffentlichen Hand ist zwingend notwendig; zum Beispiel durch die Besteuerung hoher Vermögen und Einkommen. Ein notwendiger Kurswechsel der Finanzpolitik muss das Kaputtsparen des Sozialstaats beenden und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mit Augenmaß und in erster Linie durch die Stabilisierung der Einnahmen betreiben.

Fazit

Mit der Tarifrunde 2002 haben die Gewerkschaften ihr Experiment aufgegeben, durch eine moderate Lohnpolitik die Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft unter Vernachlässigung der Stärkung der Binnennachfrage offensiv zu stärken. Die Ergebnisse für die Beschäftigung und die Einkommenssituation waren eindeutig negativ. Darüber hinaus ist deutlich, dass die Einbindung von Tarifpolitik, insbesondere der Lohnpolitik, in neokonservative wirtschaftspolitische Konzepte für die Gewerkschaften nicht sinnvoll ist. Umgekehrt muss über die Tarifpolitik hinaus verstärkt versucht werden, eine bessere Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Notwendig ist vor allem die Stärkung der Binnennachfrage durch offensive tarifliche Einkommenspolitik und Einflussnahme auf staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Da von den großen Parteien, insbesondere CDU/CSU und auch der SPD, wirtschaftspolitische Konzepte verfolgt werden, die unter anderem auf eine moderate Lohnpolitik und einen Rückzug des Staates, insbesondere durch fortgesetzten Sozialabbau, setzen, gibt es für die Gewerkschaften keinen eindeutigen Bündnispartner mehr im politischen Raum. Lange Jahre - insbesondere in den 1960er- und auch noch 1970er-Jahren - war dies die SPD. Die Konsequenz daraus kann für die Gewerkschaften nur darin bestehen, sich nicht einseitig auf die „guten“ Beziehungen zu einzelnen parlamentarischen Kräften zu verlassen, sondern viel eigenständiger wirtschafts- und finanzpolitische Ziele zu formulieren und nach Wegen der Mobilisierung der Mitglieder zur Durchsetzung zu suchen. Gerade auch zur Bekämpfung der latenten tarifpolitischen Defensive ist dies von existentieller Bedeutung für die Gewerkschaften.